

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 8622.

Arbeiterkammern.

Seit einiger Zeit werden nicht nur seitens der Sozialdemokratie, sondern auch von Seiten derjenigen bürgerlichen Parteien, deren sozialpolitische Einsicht nicht von den Stimmungen oder dem östlichen Zunkerthum diktiert wird, Versuche gemacht, die darauf hinauslaufen, den Arbeitern eine öffentlich rechtliche Vertretung zu geben. Eine solche Interessenvertretung erscheint ja auch ebenso berechtigt, wie die gesetzlich anerkannten Handelskammern, Detailistenkammern, Handwerkerkammern usw. Beim Reichstage liegen mehrere Anträge vor, die beabsichtigen, den gewerkschaftlichen Arbeitervereinen Korporationsrechte zu verleihen und ihnen den notwendigen Rechtsschutz angedeihen zu lassen, sie also dadurch gewissermaßen zu offiziellen, staatlich anerkannten Organen der auf Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter gerichteten Bestrebungen zu machen. Man sollte eigentlich glauben, kein vernünftiger, rechtlich denkender Mensch könne gegen diesen Gedanken etwas einwenden, da er nichts anderes bezweckt, als die Arbeiterorganisationen den andern Berufsorganisationen rechtlich gleich zu stellen. Zumal in einem „Rechtsstaate“, wie dem unserigen, der die „Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze“ und „das gleiche Recht für alle“ auf seine Fahne geschrieben hat, erscheint dieser Gedanke als ganz selbstverständlich.

Um so bedauerlicher ist es, daß in weiten Kreisen des deutschen Bürgerthums noch die Anschauung verbreitet ist, die Arbeiter seien minderen Rechts und bedürften keiner Vertretung, die man doch jedem andern Stande zubilligt. Von dieser sozialpolitischen Einsichtslosigkeit konnte man erst in den letzten Tagen wieder in der alten Hansestadt Hamburg ein lehrreiches Exempel beobachten. In dem Hamburger Parlament, der sogenannten Bürgererschaft, hatte der einzige sozialdemokratische Vertreter, Otto Stolten, vor kurzem folgenden Antrag gestellt:

„Die Bürgererschaft wolle beschließen, den Senat um eine baldige Vorlage zu ersuchen, durch welche in der Form einer Arbeiterkammer auch für die Arbeiterschaft Hamburgs eine öffentlich-rechtliche Vertretung geschaffen wird, wie sie nach Schaffung der Detailistenkammer für die einzelnen Erwerbsgruppen: Großhandel, Detailhandel und Industrie und Handwerk bestehen wird.“

Der Antragsteller begründete seine Forderung folgendermaßen: Nach Schaffung der Detailistenkammer sind alle Stände, mit Ausnahme der Arbeiter, mit einer öffentlich rechtlichen Vertretung versehen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeiterschaft erfordert aber auch für diese ganz dringend eine solche Vertretung. Eine so große Klasse, die ihr Leben lang in einer abhängigen Stellung verbleiben muß, ist gezwungen, immer größere Ansprüche zu stellen. Die alten patriarchalischen Verhältnisse im Erwerbsleben sind geschwunden, die Großindustrie bedarf eines Heeres von Lohnarbeitern, die stetig solche bleiben. Da muß man dieser Klasse eine größere Selbstständigkeit geben, man darf die Lohnarbeiter nicht mehr als Unmündige behandeln. Es bedarf dringend einer öffentlich-rechtlichen Vertretung der Arbeiter, wie sie der Handels- und Gewerbestand schon besitzen. Die soziale Gesetzgebung zeigt, daß der Staat gezwungen ist, immer tiefer in das wirtschaftliche Leben einzugreifen. Der Umstand, daß die Arbeiter nicht genügend zur Mitwirkung bei dieser Gesetzgebung herangezogen worden sind, ist die Ursache der Unzufriedenheit bei den Arbeitern mit dieser Gesetzgebung. Man soll den Rath der Arbeiter in solchen Fragen nicht zu gering anschlagen. Die sozialpolitischen Aufgaben des Staates können nur glücklich gelöst werden, wenn die geeigneten Organe dafür vorhanden sind. So fehlt z. B. jede zuverlässige Statistik für Arbeitslöhne und Arbeitsdauer. Da wird z. B. oft behauptet, die Löhne der Arbeiter seien in neuerer Zeit erheblich gestiegen. Das mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen, zum großen Theile sind die Lohnsteigerungen aber weit gemacht durch Steigerung der Mieten und der Preise der Lebensbedürfnisse. Die fortwährende Zunahme der sozialpolitischen Aufgaben des Staates macht die Arbeiterkammer unentbehrlich. Sie allein ist im Stande, die nötigen Unterlagen für statistische Aufnahmen zu schaffen.

Unbereits würde die Arbeiterkammer dieselben Aufgaben zu erfüllen haben wie die Handelskammer, die Begutachtung von Gesetzen und Verordnungen, welche die Interessen der Arbeiter berühren. Sie würde aber noch weitergehende Aufgaben haben. Sie müßte sich beschäftigen mit den sanitären und sittlichen Zuständen in den Betrieben. Ich erkenne an, daß unsere Gewerbeinspektion vorzüglich arbeitet und volle Anerkennung verdient; aber sie allein ist nicht im Stande, allen Aufgaben gerecht zu werden, sie muß eine Stütze finden an der Arbeiterkammer. Bei Schaffung eines Petitionsrechtes würde schon Manches gebessert werden. Auch die begutachtende Thätigkeit der Arbeiterkammer ist nicht gering anzuschlagen, ebenso ihre Mitwirkung bei den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Diese Kämpfe sind bisher von der amtlichen Statistik sehr flüchtig behandelt worden. Meist hat die Polizei diese Statistik geliefert und zwar in sehr mangelhafter Form. Im Bericht des Hafeninspektors wird über einen Streik der Werftarbeiter berichtet, obgleich es sich um eine Aussperrung handelte. Auch die Ursache der Aussperrung ist falsch angegeben. Alle diese Dinge lassen sich nicht machen, ohne daß man die Arbeiter zur Mitwirkung heranzieht. Das hiergegen vorherrschende Mißtrauen muß überwunden werden, dann wird auch das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den herrschenden Klassen schwinden. Man muß den Arbeitern in ihren eigenen Angelegenheiten mehr Vertrauen entgegenbringen. Das Gesuch des Gewerkschaftsrates um Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises hat der Senat abgelehnt, obwohl ein dringendes Bedürfnis für einen solchen Arbeitsnachweis vorliegt. Diese Frage zu lösen, wäre eine dringende Aufgabe der Arbeiterkammer. Im Reichstage hat man die Arbeitsnachweis- und die Arbeitslosenunterstützungsfrage bereits in Berathung genommen. Kommt die Frage in Fluß, dann wird die Mitwirkung der Arbeiterkammer unentbehrlich sein. Sie wird die notwendigen statistischen Grundlagen schaffen müssen. An Arbeit wird es ihr nicht fehlen. Ich denke, die soziale Stimmung ist auch in der Bürgererschaft so weit vorgeschritten, daß man die Nothwendigkeit der beantragten Institution einsehen wird. Selbst der Bund der Industriellen hat sich für die Bildung eines Arbeitsamtes ausgesprochen: Wir in Hamburg haben in allererster Reihe die Pflicht, auf sozialpolitischem Gebiet thätig zu sein, auf dem wir bisher rückständig waren. Nehmen sie deshalb meinen Antrag an.“

Der Antragsteller hatte sich allerdings in der „sozialen Stimmung“ des Hamburger Bürgerthums gründlich geirrt. Die verschiedenen Redner gingen nämlich gegen den Antrag in der schlimmsten Weise vor. Die Vertreter der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Klassen“ erklärten in bürren Worten, daß sie unmöglich den Arbeitern dasjenige zubilligen könnten, was man allen anderen Ständen ohne Weiteres einräumt.

Ganz interessant war es, die Begründung des ablehnenden Standpunktes zu vernehmen. Der Rechtsanwalt Dr. Westphal, der juristische Beirath der berühmten Firma Blohm und Voß, bestritt, daß die Arbeiterklasse eine Interessenvertretung nötig habe; die Arbeiterklasse sei kein Berufsstand mit gleichen Interessen, da es darunter Fabrikarbeiter, Maschinisten, Maler, Zigarrenmacher usw. gäbe. Dieser Einwurf trifft bei jeder anderen Kammer auch zu, da auch in ihr die verschiedenartigsten Interessen vertreten sind. Diese Verlegenheitsrede soll auch nur den ablehnenden Standpunkt bemänteln, da er sonst auch nicht zu begründen ist.

Ein anderer Redner brachte, um seinen ablehnenden Standpunkt zu erläutern, die alten abgelegten Phrasen wieder zum Vorschein. „Die Interessen des Arbeiters“, so sprach er, „decken sich vollständig mit den Interessen seines Arbeitgebers. Dieser muß dafür sorgen, daß sein Betrieb richtig geleitet wird und das liegt auch im Interesse des Arbeiters, der dadurch seine Beschäftigung findet.“ Wir würden unseren Lesern zu nahe treten, wenn wir an diesen alten aufgewärmten Harmoniebusel auch nur ein einziges Wort der Erwiderung verschwenden wollten. Gleicher Weise wollen wir auch die Ausführungen eines ferneren Redners, eines Großkapitalisten, ohne jeglichen Kommentar wiedergeben. Der gute Mann meinte: „Selbstverständlich kann man den Arbeitern in

dieser Kammer nicht die gleichen Rechte einräumen, wie den Arbeitgebern. Bei der Ausführung der Arbeiterschutzgesetze ist die Vertretung der Arbeiter heute schon eine sehr weitgehende, so im Krankenkassenwesen, bei der Alters- und Invaliditätsversicherung, bei der Unfallversicherung, im Reichsversicherungsamt, bei den Gewerbegerichten. Wie kann unter solchen Umständen Herr Stolten davon sprechen, daß die Arbeiter als unmündige Kinder behandelt werden. Sie werden weit mehr berücksichtigt, als es ihr Antheil an der Produktion rechtfertigt, sie werden geradezu bevorzugt. Fortgesetzt werden neue Gesetze für die Arbeiter gemacht. Der deutsche Arbeiter hat so viele Rechte und Freiheiten, wie Niemand anders im deutschen Reich, selbst die höchsten Würdenträger eingeschlossen.“ Ueber derartige Behauptungen lachen ja die Pferde.

Demgegenüber berührt es ungemein sympathisch, daß ein junger Jurist, der Enkel eines Hamburger Bürgermeisters, dem Antrag Stolten seine Anerkennung aussprach. Ohne mit den Tendenzen des Antrages übereinzustimmen, besaß der Redner, Dr. Petersen, doch genug sozialpolitisches Verständnis, um den Antrag wenigstens einer näheren Prüfung für werth zu halten. „Unsere innere Politik“, so führte er aus, „hat ganz erhebliche Wandlungen durchgemacht. Nicht mehr die einzelne Person spielt die Hauptrolle, sondern die einzelnen Erwerbsstände sind in den Vordergrund getreten. Die Interessenkämpfe der einzelnen Erwerbsgruppen sind es, um die sich die innere Politik dreht, das sehen wir beim Kampf um den Zolttarif. Die Gesetzgebung kann sich deshalb der Aufgabe nicht entziehen, die einzelnen Erwerbsstände zu berücksichtigen. Die Gewerbetammer wird nicht in der Lage sein, die Interessen der Arbeiter genügend berücksichtigen zu können. Man darf auch den Antrag Stolten nicht deshalb ablehnen, weil er von sozialdemokratischer Seite ausgeht. Der Gedanke der Arbeiterkammer scheint mir durchaus wünschenswert; er scheint mir nach Schaffung der Detailistenkammer der Schlüssel zu sein. Wenn man einen Ausschuss zwecks Beleuchtung der Rathhausfrage einsetzt, muß man mindestens auch so eine wichtige Sache, wie die vorliegende, prüfen.“

Über die Klassengenossen des Redners waren verblendet genug, sogar den Antrag auf Berathung in einem Ausschuss abzulehnen und damit die Arbeiterkammer vorläufig fanglos und kluglos zu begraben. Der Antrag wird wieder kommen, die Hamburger Arbeiter werden sich ihr Recht zu erkämpfen wissen und sollten auch die alten Herrlichen dabei gründlich zergaust werden.

Aus unserem Berufe.

+ Aus Berlin. Bei der am 31. Januar stattgehabten Submission auf Malerarbeiten in der 9. Stadtbauinspektion (Bau vier Gemeinde-Doppelschulen) wurden folgende Offerten abgegeben: Bodenstein 17 233,75 M., Fr. Richter 15 817,82 M., Sabotta 13 970,75 M., Gosler 11 869,28 M. und Bohras & Kowalski 10 884,66 M. Unterschied zwischen der höchsten und niedrigsten Offerte 6344,09 M. Die Proben waren von der Firma Bodenstein angefertigt worden. Bei solchem Unterschied muß man sich fragen, ist es möglich, daß hier die Arbeiten gleichwerthig ausgeführt werden können? Auch der Niedrigstfordernde will zu seinem Profit kommen und so wird nun einestheils an Material gespart, vor allem aber versucht man den Lohn der Arbeiter herabzudrücken. Leider zu häufig gelingt dies auch. Hierzu wird uns wieder ein Fall bekannt, von dem wir einige Zeilen mittheilen wollen. Es handelt sich auch hier um den Bau einer städtischen Schule an der Stralauer Allee. Die Malerarbeiten werden sämtlich in Auftrag gegeben. Bisher war es üblich, daß größere Flächen nach Quadratmeter bezahlt wurden, zum großen Theil jetzt auch Thüren und Fenster. Herr Neuhaus (Arbeitgeber) hat als praktischer Mann dies Messen abgeschafft, jedenfalls um Zeit zu sparen. Es klingt ja auch besser, wenn man sagt: „Ich zahle für den Raum so viel Mark“, anstatt für den Quadratmeter so viel Pfennig. So zahlt Herr Neuhaus für die Leimfarbe in Klassenzimmern, für und fertig hergestellt, netto — 3,75 M. Die Decke wird durch Träger in mehrere Theile getheilt und das Zimmer ist 9 Meter lang und 6 Meter breit. Das Paneel im Zimmer oben (45 Quadratmeter) wird mit 75 S. bezahlt. Für die Leimfarbe im Korridor (70—80 Meter lang) giebt es 20 M. Die Kollegen versprachen sich sonderbarer Weise einmal mit 18 M. verbesserten sich aber schnell wieder. Fürs Paneel und an 10 hohe Bögen zu oben in diesem Korridor werden ganze 3 M. bezahlt. Ein kräftiger

Arbeiter hat Mühe, diese Arbeit in einem Tage zu vollenden. So kann man alle Arbeiten durchgehen, überall die gleiche Methode. Fragt man die Kollegen, wie sie zu solchen Sachen arbeiten können, so wird zur Antwort gegeben: „Sollen wir zu Hause sitzen und hungern, wie Hummeln schon lange genug.“ Eine Arbeitslosigkeit giebt es ja allerdings nach Angaben der Arbeiter nicht, wird es ja auch jetzt nicht geben, nachdem die Arbeitslosenversicherung ein erschreckendes Resultat ergeben. Anstatt daß die Arbeiter in einem Tage über schlechte Zeiten hinweg hilft, indem sie darauf sieht, daß die Arbeiter in Lohn bezahlt werden, wird auf ihren Vätern die Rücksicht der Arbeiter benutzt, um die Löhne unangehörig herabzubringen. Auch die Gesundheit der Arbeiter bleibt ganz vernachlässigt. In der Hauptgesetzgebung vom 1. Oktober 1901 § 7 heißt es: „In Kaminen, wo offene Kohlenfeuer ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen. Sie dürfen nur vorübergehend von dem die Kohlenföhrer beaufsichtigenden Personen betreten werden.“ Wir haben im Korridor nicht weniger als sieben frisch vollgeputzte rauchende Kohlenföhrer, die wahrlich nicht erst eine kurze Zeit hier standen, denn unter jedem Koch war ein hoher Schloß. Man sieht, alle Verordnungen nützen nichts, auch die städtischen Wachen nicht, wenn nicht die Arbeiter selbst ganz energisch auf die Durchführung halten. Bei solchen Verhältnissen sollte doch dem indifferenten Kollegen klar werden, daß er allein stets dem Unrecht nachzugehen hat, daß er nur Besserung erwarten kann, wenn er sich mit seinen Kollegen vereinigt und sich der Organisation anschließt.

Die Herausgabe der neuen Agitationsbroschüre „Recht und Pflicht“ hat der Vorstand einem längst erpumpten Bedürfnis Rechnung getragen. Das schon durch sein äußeres gefällig aussehendes Heftchen führt dem noch unorganisierten Kollegen in schlichter, kollegialer Weise an der Hand von Thatsachen die Notwendigkeit, den Werth und die Bedeutung unserer Vereinigung vor Augen. Durch die kurze, stoffe Stizung der Entwicklung unserer Vereinigung, ihrer Kämpfe, Siege und Leistungen wird die kleine Broschüre für alle unsere Berufskollegen von dauerndem Werthe bleiben. Möge diese geistige Waffe dazu beitragen, die vielen noch gleichgültig bei Seite stehenden Kollegen alsbald unseren Reihen zuzuführen, im Interesse ihrer selbst und in dem ihrer Familie.

Die statistische Ma n n h e i m nahm zwei Zählungen der am Orte beschäftigten Berufsgenossen vor, um ein Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu erlangen und zwar im Juni 1901 und Januar 1902. Bei Gegenüberstellung der Ergebnisse beider Zählungen kommt der wirtschaftliche Rückgang in unserem Berufe zur Folge zum Ausdruck: Im Juni 1901 waren in 39 Geschäften 388 Kollegen beschäftigt. In denselben 39 Geschäften waren im Januar 1902 nur noch 170 beschäftigt. 218 (56 pZt.) sind also arbeitslos und wissen nicht womit sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. In gleicher Weise bezeichnend für die geringe Arbeitslosigkeit in unserem Berufe ist die Thatsache, daß laut Statistik des städtischen Meldramtes im 4. Quartal 1901: 71 Kollegen zugezogen, aber 175 von Mannheim forgezogen sind. Im Jahre 1901 sind hier 517 Berufskollegen zugezogen und 469 weggezogen. Die Zahl der am Orte beschäftigten hätte sich somit nach der Statistik des Meldramtes um 48 erhöht.

Für die Ausführung der Malerarbeiten von 2 Anbauten der Eberswalder (bei Berlin) Landes-Exposition wurden folgende Preise gefordert:

| | |
|-----------------------------|-----------|
| Döbheim-Berlin | 6963.66 M |
| Schön & Comp. Eberswalde | 6143.50 " |
| Klamann-Eberswalde | 6102.96 " |
| Heidebrecht-Berlin | 5886.38 " |
| Hammann-Eberswalde | 5827.42 " |
| Paul Stutterheim-Eberswalde | 3785.74 " |

Herr Stutterheim ist seinem bisherigen Standpunkt treu geblieben: So billig wie nur irgend möglich! — Seit 20 Jahren führt er auch die Reparaturarbeiten aus, weil keine andere Firma zu solch geringen Preisen die Arbeit übernehmen wollte.

Aus München-Gladbach schreibt uns ein Kollege — Ein Zeichen der Zeit: Das Submissionsergebnis zur Vergabe der Erdarbeiten vom Bau einer Kläranlage war — Höchstgebot 273 591 M., Mindestgebot 64 007 M. — Ein Unglücksfall in der Düsseldorf-Ausstellung. Der Antreiber Ludwig Lattemann aus Gerresheim stürzte aus einer Höhe von etwa 12 Metern

Dichter und Vagabunden.

Der neue Jahrgang der „Freien Stunden“ (Illustrirte Romanbibliothek in Wochenheften von 10 S., Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin) bringt die Werke zweier Dichter, die zeitlich fast dreieiertel Jahrhundert von einander getrennt sind. Und eine Welt von Gegensätzen trennt die beiden auch in der Auffassung über den Zweck des Romans und zwei verschiedene Welten sind es auch, die sie in ihren Romanen schildern. In diesem Gegenjahre entkült sich der ganze Kulturfortschritt und die ganze Klassenscheidung der bürgerlichen Gesellschaft, die das letzte halbe Jahrhundert in sich schließt!

Beide Dichter waren „Vagabunden“, „Landstreicher“! Den Deutschen waren die politischen Zustände, den Russen die sozialen auf die Landstraße. Aber mit welcher anderen Augen sah der Deutsche Spindler zu Anfang des Jahrhunderts die Welt, die Menschen, die Verhältnisse an, als der Russe Gorki es zu Ende des Jahrhunderts that. Den politischen und sozialen Zuständen seines Vaterlandes, welche die denkbar traurigsten, schändlichsten, empörendsten waren, die man nur erinneren konnte, fand Spindler theilnahmslos und verständnislos gegenüber. Er zog leichten Herzens, leichten Sinnes als Romancier von Tuppe zu Tuppe, von Stadt zu Stadt, sein Dichterberuf und Dichtergeist schwebelnd in der Romantik, er sah und schuf nur Phantastgestalten, leichte, duftige Gebilde voll Sonnenschein, schwarze, phantastische Gestalten, voll Nacht und Kosmos!

Spindler ist geboren am 16. Oktober 1798 zu Breslau, wo sein Vater Organist am Dome war. Seine Knaben- und Jugendjahre verlebte er in Strahburg, entzog sich dort dem französischen Militärdienst durch die Flucht zu einem Onkel, einem Landpfarrer bei Augsburg, ging dann zur Bildung, zog mit Noth aller Art kämpfend, mit kleinen „Schmieren“ durch Süddeutschland und die Schweiz. Nebenbei verübte er sich als Schriftsteller, bis der große Erfolg seines ersten Romans: „Der Gastard“ ihn bestimmte, sich ganz der Schriftstellerei zu widmen. Noch größeren Erfolg erlangte sein zweiter Roman: „Der Jude“, der vielfach als der beste aller seiner phantastischen Romane gilt. Dann folgte der „Jesus“ und eine Reihe anderer Romane, die alle in gleichem Maße Lebendigkeit der Handlung, psychologische Vertiefung der Charaktere, außerordentliche Anschaulichkeit und Lebendigkeit, gewandte Erzählungsmittel auszeichnen. Erst in späteren Tagen verübte er, auch die Gegenwart zu schildern, so z. B. in seinem Roman: „Puff und Rompagne“

auf die steinernen Maschinen-Fundamente und erst die schwere innere Verletzungen, so daß er auf dem Transporte zum Marienhospital verstarb. Würden die Rüstungen unterjocht worden sein, so wäre dieser Unglücksfall nicht passiert, denn die Rüstung war mangelhaft abgedeckt. Hauptursache ist aber die bekannte Gleichgültigkeit, der verdammte Schändlichkeit an solchen Umständen jauchend und weil der größte Theil der Bevölkerung fernsteht. Wir haben in der letzten Versammlung eine Kommission gewählt, die die Hausorganisation zu betreiben hat. Nun mögen die Kollegen Düsseldorf nicht etwa denken, daß diese Kommission alles allein machen soll, nein, wir müssen alle Hand ans Werk legen und dürfen vor allem nicht die günstige Periode vorübergehen lassen. Ist augenblicklich noch wenig Arbeit, so geht es doch bald wieder besser. Wir werden alles in Bewegung setzen, um den Arbeitgebern zu zeigen, daß wir nicht geschlafen haben. Vor allem bejuch die Versammlungen, wo man am besten die Interessen wahrnehmen kann.

Das Submissionswesen hat wiederum eine klägliche Illustration gefunden durch die auf die Ausschreibung der Linderarbeiten an der neuen Infanteriekaserne am Barbarossa-Ring in Mainz eingegangenen Offerten. Wir nennen nur das Höchst- und Mindestgebot auf die gesamten Arbeiten: Erstes (Bernard-Mainz) betrug 126 922.65 M., letzteres (Gigert-Raiferlautern) 82 941.18 M. Die Differenz beträgt also das hübsche Sümmchen von 43 981.47 M. Die Gesamtarbeiten sind von der Militärverwaltung zu rund 89 000 M. veranschlagt worden. Unter diesen Voranschlag hat neben genannter Firma nur noch eine geboten. Bei den Linderarbeiten (Speißarbeit) sind mit einbezogen die Schwinkel, die Fensterbänke mit Zementverputz, sowie alle Einputz- und Ausbesserungsarbeiten. Ausgerechnet kommen auf das Höchstgebot 75 S. pro Quadratmeter Speißarbeit, auf das Mindestgebot 48 S. Also gerade so viel als der hiesige Lohn beträgt (45 S. pro Quadratmeter, a u f e r Zementverputz und Nacharbeit). Bei den Anstreicherarbeiten war folgendes Ergebnis: Herz-Mainz 38 622.92 M. als erstes Angebot, Wehler-Düsseldorf 20 491.49 M. als letztes Angebot. Differenz 18 131.43 M. Von der Militärverwaltung veranschlagt 29 000 M. Außer der genannten Firma haben noch 11 unter diesem Voranschlag geboten.

Bergedorf. (Situationsbericht.) Das vorige Jahr war für die hiesige Filiale ein ziemlich bewegtes. In Sande wurde der Lohn mit Bergedorf von 45 auf 50 S. gleichgestellt, welches auf gutlichem Wege gelang. Dann wurde das Sandgebiet vorgenommen; hier war der Lohn früher bei freier Station 15 M., welchen wir ohne große Schwierigkeiten auf 17 M. erhöht bekamen. Sodann sollte in Reindes Bemeidur geschaffen werden, was aber an der Interessiertheit der Kollegen scheiterte. Aber in diesem Jahre scheint auch hier anderes Leben einzutreten, denn die dort arbeitenden Kollegen sind jetzt von allein dazu gekommen, um einen neuen Tarif zu beraten, welcher den Meistern zugesichert wurde. Hauptforderungen: Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Meister, Stundenlohn 50 S. Der neue Tarif soll mit dem 1. April in Kraft treten. Wenn die Kollegen hier ihre Pflicht thun, wird es auch möglich, in Reindes andere Zustände zu schaffen. Was Bergedorf anbetrifft, so war voriges Jahr das Giebelgeld der Brennpunkt, was auf gutlichem Wege geregelt wurde, für Bergedorf bleibt der alte Lohnsatz noch 1 Jahr bestehen. Die Organisation ist in hiesiger Filiale eine sehr gute, da s ä m t l i c h e Kollegen dem Verbands angehörend. Somit sind unsere bei der Gründung der Filiale gefassten Hoffnungen in kaum 1 1/2 Jahren in Erfüllung gegangen, was für unsere so m i t t l i c h e n Arbeitsverhältnisse von großem Nutzen war. Die höchste Mitgliederzahl im vorigen Jahre betrug 64, diesen Winter 25 und 30 Mann. Alle Kollegen sind bis auf drei arbeitslos gewesen, einige bereits über zwei Monate und die meisten haben jetzt noch keine Arbeit. Wohl ist die Noth für manchen Kollegen schon groß, aber wir müssen aushalten, bald wird für uns auch eine bessere Zeit wiederkommen. Zum Schluß beachtet alle den Ruf: Haltet fest am alten Lohnsatz, arbeitet nicht unter 50 S.

Minden i. W. (Situationsbericht.) Die hiesige Filiale, eine der ältesten unserer Vereinigung, hat mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen, wie sie wohl in anderen Filialen auch vorhanden sein werden. Aber das Schlimmste, was vielleicht in mancher anderen Stadt nicht existirt, ist die Lokalfrage. Nachdem unser Verkehrsnetz sämmtliche Gewerkschaften vor nahezu zwei Jahren auf die Straße gesetzt hat, waren wir ein ganzes Jahr lang ohne Lokal. Ver-

(1849), aber er verrieth nur, wie fern ihm das Verständnis der modernen Zeit lag.

Die Litteraturgeschichte rühmt ihn als „einen der gewandtesten und lebendigsten Erzähler, die Deutschland jemals besessen hat“ — aber er stand und blieb sein Leben lang im Banne der Romantik, bis er am 12. Juli 1855 in Bad Freienbach in Schwarzthal starb.

Wie ganz anders Gorki! Das unerbittliche, unänderliche soziale Verhängnis der bürgerlichen Wirtschaftsklassenordnung hatte ihn zum Proletariat hingezogen und hielt ihn mit unzerbrechlichen Ketten in der Armut, im Elend fest. 5 Monate nur konnte er beim Großvater die Schule besuchen; dessen Bantewort warf den vaterlosen Knaben erwerbslos auf die Straße: schon mit neun Jahren muß er als Laufbursche sein Brod verdienen, verbrüht sich die Hände, wird fortgeschickt und nun beginnt sein Wanderleben durch ganz Rußland als Gelegenheitsarbeiter. Heute da, morgen dort, heute ein Zeichner, Maler, Rückenjunge auf einem Wolgadampfer, morgen Tagelöhner bei einem Gärtner, Bäcker, übermorgen Bahnwärter, Padträger, Holzhacker; dann wieder auf eigene Faust Händler — Obsthändler, Flaschenbierhändler, Kohlenhändler. Da und dort findet er unter seinen Lebensgenossen einen, der die Lust am Leben in ihm erweckt, ihm Bücher lieh. Der Wissensdrang erwachte in ihm; er suchte und fand Gelegenheit, mehr zu lernen — von Studenten, mit denen er zusammentraf, bei einem Advokaten, dem er Schreibdienste leistete und der ihn weiterbilden wollte, aber der Vagabundengeist, der ungelagelte Freiheitsdrang trieb ihn immer wieder hinaus, in das Elend, zu den Ausgestoßenen, aber auch in die Freiheit und was sein Auge sah und was sein Herz erfuhr: er schilderte es nun! Und als er erst Gelegenheit gefunden hatte, seine Klagen bei Zeitungen loszubringen, da entwickelte der „Vagabund“ eine nicht bezagbare Fruchtbarkeit. Eine ganz neue Welt schilderte er, die Welt der Ausgestoßenen und Entwürfen, ihren Schick und ihr Seynen, mit einer Schärfe, Klarheit und Unerbittlichkeit — wie sie nur ein Dichter schildern kann, der all das Elend, die Schmach, den Dorn und die Sehnsucht der Ausgestoßenen und Unterdrückten selber empfunden hat und empfindet! Freunde gewann er, der plötzlich zum Bannträger der Freiheit und der Arbeiter geworden, aber auch Feinde — auch die Reaktionsäre verbanden ihn! Seine Forderung wurde verboten, er selbst anläßlich der letzten Studentenreihen ins Gefängnis geworfen. Geboren am 26. März 1868 lebt er heute in der Wüste seiner Jahre und so viel er auch schon geschaffen hat, das Beste und Größte ist noch zu hoffen.

Sammlungen konnten wir nicht abhalten und so waren wir gezwungen, unseren Schrant in die Wohnung des Vorstehenden zu schaffen. Hier bezahlten wir unsere Beiträge und brachten sonstige Vereinsachen in Ordnung. Doch diese traurige Zeit nahm auch ein Ende und nach dieser Mühe gelang es den hiesigen Gewerkschaften, wieder ein Lokal zu bekommen. In einer Stadt wie Minden mit einer verhältnismäßig großen Garnison und einer zum größten Theil aus Beamten bestehenden Bevölkerung ist das keine Kleinigkeit, da der Ueberlassung des Lokals an die Gewerkschaften auch sofort das Militärverbot auf dem Fuße folgt. Es wäre ja auch zu schrecklich und die Folgen nicht auszudenken, wenn etwa so ein deutscher Post- oder sonstiger Beamter an demselben Tisch sitzen müßte, an welchem auch ein Arbeiter Platz genommen. Nach dem Einzug in das neue Lokal begannen wir gleich mit unserer Arbeit. Infolge mehrerer Versammlungen hatten wir unsere aus wenigen Mitgliedern bestehende Filiale bis auf 23 gebracht, welche Zahl wir bis Ende der Saison behielten. Doch ist dieselbe jetzt infolge der Geschäftsflaute auf 18 gesunken, immerhin für unsere Verhältnisse noch ziemlich gut. Nun der Winter seinem Ende naht, beginnt auch für uns wieder eine bessere Zeit. Wir wollen dieselbe ausnützen bei Beginn des besseren Geschäftsganges und die uns noch fernstehenden Kollegen aufmuntern, aufzutreten aus ihrem geistigen Schlafe, damit dieselben zu tüchtigen Kämpfern für unsere gerechte Sache erzogen werden. Darum auf Ihr Mindener Kollegen zum neuen Kampfe, alle Mann auf die Schanzen!

Posen. Folgendes Ergebnis wurde durch Aufnahme einer Statistik festgestellt: Von 93 Befragten waren 43 ledig und 50 verheiratet, welche zusammen 73 Kinder haben. Organist sind 52. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt im Sommer 11 und im Winter 7 Stunden. In 3 wurde ein Stundenlohn von 38 S., 8: 36, 17: 35, 1: 34, 3: 33, 11: 32, 7: 31, 25: 30, 1: 29, 5: 28, 5: 27, 2: 26, 4: 25 und 1: 24 S. gezahlt. Der Durchschnittslohn beträgt demnach 31 S. pro Stunde. In Akord arbeiteten 13 zusammen 189 Wochen. 16 erhielten für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit einen Zuschlag von 2—13 S. pro Stunde. Eine Vergütung von 25—75 S. pro Schicht wurde an 3 gezahlt. Arbeitslos waren 69: 626 Wochen, die längste Zeit der Arbeitslosigkeit beträgt 1, die längste 30 Wochen. 19 sind 69 1/2 Wochen krank gewesen, die Dauer der Krankheit schwankte zwischen 3 Tagen und 10 Wochen.

Aus Bayern. In den eben erschienenen Jahresberichten der bayerischen Fabriken- und Gewerbeinspektoren für das Jahr 1901 findet sich selbstverständlich nur außerordentlich wenig über die Verhältnisse in unserem Berufe, denn unsere Berufsgenossen sind ja zum weitaus größten Theile thatsächlich durchaus ungeschützt, um sie kümmert sich unter tausend Fällen kaum einmal ein Fabrikinspektor. Und doch gäbe es in unserem Berufe recht die Arbeit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Abhaltung von Berufsschädigungen. Wir erinnern nur des Beispiels wegen an die Bleiergiftungen. Aus ganz Bayern sind den Aufschichtbeamten bloß 7 Fälle von Bleiergiftungen überhaupt, nicht etwa von Bleiergiftungen der Maler, zur Kenntniß gekommen. Dagegen meldet die letzte Statistik der Münchener städtischen Krankenhäuser, daß dort allein 62 Personen wegen Bleiergiftung behandelt wurden. Von diesen waren meiste über die Hälfte, nämlich 34 Angehörige unseres Berufs, etwas über 16 waren Metallarbeiter, nicht ganz 12 waren Schriftsetzer. Diese Gegenüberstellung der Feststellungen der Fabrikinspektoren eines ganzen Landes und der Statistik eines Theiles der Krankenhäuser einer Stadt zeigt aufs Deutlichste, wie außerordentlich ungenügend unsere Gewerbeinspektion ist. Es beweist dies, daß a. B. die ausdrückliche Mitteilung des Fabrik- und Gewerbeinspektors für Mittelfranken, daß ihm Fälle von Bleierkrankungen nicht zur Kenntniß gekommen seien, durchaus werthlos ist. Wir können daher dem Aufschichtbeamten vollständig bestimmen, wenn er ausführt: „Sicher wäre dies nicht ohne Werth, wenn ein Weg gefunden werden könnte, seitens der Krankenkassen über behandelnde Ärzte Fälle von Bleierkrankungen nebst Angabe des Berufes, in welchem solche sich ereignet haben, der Gewerbeaufsicht mitzutheilen, dann könnte letztere den Ursachen nachgehen und auf Abhilfe hinwirken.“ Sicherlich könnten aber auch die Arbeiter, die doch in unseren Krankenkassenverwaltungen sitzen, und nicht zur Dekoration dort zu sitzen vertreten, sondern um die Interessen ihrer Klassengenossen zu vertreten, Vieles thun, um die Fabrikinspektoren auf Bleierkrankungen und ähnliche Gesundheitschädigungen infolge des Berufes aufmerksam zu machen, um sie dadurch zu veranlassen, im Interesse der Arbeiter vorzugehen. Hier ist noch ein weiteres Feld der Thätigkeit offen. Wie selten die Krankenkassenverwaltungen in dieser Hinsicht vorgehen, beweist ja die Thatsache der vielen Bleierkrankungen in München, von denen die Fabrikinspektoren viel zu spät durch die Statistik der Krankenhäuser, nicht aber sofort durch die Krankenkassen Kenntniß erhalten haben. Es beweist dies auch der Umstand, daß der Fabrikinspektor für die Pfalz ausdrücklich erwähnt, daß in einem Falle ihm durch Mittheilung der Ortskrankenkasse zur Kenntniß kam, daß zwei Arbeiter in einer Feilenfabrik an Bleilähmung schwer erkrankten. Der eine der Erkrankten war aus schließlich, der andere größtentheils an Feilenhaumaschinen beschäftigt. Der Fabrikinspektor ist in diesem Falle, dessen weitere Details unsere Leser ja nicht besonders interessieren dürften, eingeschritten, er hat eine Reihe von Verbesserungen im Betriebe veranlassen können. Nur durch ganz systematische Anzeige jeder Bleierkrankung an die zuständigen Fabrikinspektoren und zwar am besten durch die Krankenkassen, läßt sich ein Material ansammeln, das die Regierungen zwingen würde, den Kampf gegen die Bleifarben ernstlich zu führen. Es wäre zu erwägen, ob man den Krankenkassenverwaltungen nicht Formulare zur Verfügung stellen könnte, die ihnen die Anzeige von Bleierkrankungen an die Fabrikinspektoren wenig mühselos machen würden. Da eine Reihe von Gewerkschaften hieran lebhaft interessiert sind, so könnte eine dahingehende Thätigkeit nur mit ganz geringen Kosten für die einzelnen Organisationen verbunden sein, während der Nutzen für die Arbeiter mit der Zeit zu einem ganz erheblichen werden könnte. Sonst findet sich in den Berichten der bayerischen Aufschichtbeamten nichts unseren Beruf speziell interessirendes, lediglich in dem Berichte für den Regierungsbezirk Schwaben wird mitgetheilt, daß ein Lindermeister wegen Ueberleitung haupoligistischer Vorschriften (Fehlen von Vorbreitern) zu der strictesten Strafe von 10 M. verurtheilt wurde. Ferner finden sich noch die folgenden Angaben in der Streitabelle des Berichtes: Ein Sachverstreit fand in München statt, der vom 4. bis 15. Febr. währte, an dem 32 von 70 am Orte beschäftigte Berufsgenossen betheiligte waren. Die Forderung bezog sich auf das Nichtanerkennen eines Vertrages, wonach die Bestimmungen des § 616 des B. G. B. keine Anwendung finden sollten. Dieser Streit hat leider keinen Erfolg gezeitigt. Erfolgreich dagegen war der vom 3. bis zum 14. Juni währende Regensburger Malerstreit, an dem sich 81 von 87 am Orte beschäftigten Kollegen betheiligten, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden war gefordert worden.

